

Schriftliche Frage des Abgeordneten Jan Korte
vom 3. September 2014
(Monat September 2014, Arbeits-Nr. 9/29)

Frage

Hält die Bundesregierung nach den Veröffentlichungen der Mitteldeutschen Zeitung („Geheime Protokolle an die USA geleitet“, 01.09.2014) an der von dem Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, schriftlich verbreiteten Stellungnahme fest, die durch die mutmaßliche Spionage gewonnenen Informationen seien lächerlich (vgl. DIE WELT „De Maizière nennt Spitzel-Ausbeute „lächerlich“, 10.07.2014) oder welche Auswirkungen hat der Geheimnisverrat aus Sicht der Bundesregierung auf die sicherheitspolitische, wirtschaftliche und diplomatische Lage in der Bundesrepublik?

Antwort

Bei der in Rede stehenden Bewertung handelte es sich ausweislich der Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 10. Juli 2014 um eine vorläufige Bewertung, die auf der Grundlage des zu diesem Zeitpunkt dem Bundesminister des Innern bekannten Sachverhalts abgegeben wurde.

Eine abschließende Beurteilung des entstandenen Schadens ist der Bundesregierung erst nach Abschluss des laufenden Strafverfahrens möglich. Gleichwohl zeichnet sich bereits jetzt ab, dass der mutmaßliche Spionagefall zu Belastungen des transatlantischen Vertrauensverhältnisses geführt hat.

Die Bundesregierung ist weiterhin der Auffassung, dass ein wirksamer Schutz gegen Angriffe auf unsere Kommunikation ebenso wie eine effektive Spionageabwehr, die künftig grundsätzlich alle Aktivitäten fremder Nachrichtendienste in Deutschland im Blick haben muss, unverzichtbar für unsere wehrhafte Demokratie ist. Beides gilt es zu stärken und weiter auszubauen.